

Gestern im Rat

Vorsitz: Lorenz Laich
(FDP, Dörflingen)

» Wahl eines neuen Staatsanwalts.

» Der Beitritt zum Geldspielkonkordat und zu der interkantonalen Vereinbarung zu Geldspielen wird beschlossen.

» Diskussion über einen Vorstoss zu 5G-Mobilfunkantennen. Das Postulat wird schliesslich in eine Interpellation umgewandelt und als erledigt abgeschlossen.

» Das Postulat «Klimaschutz: Bildung für nachhaltige Entwicklungen: Bestandesaufnahme – Perspektiven» wird nicht überwiesen.

» Das Postulat «Steuerfussreferendum ohne ungültiges Budget» überweist der Rat.

Neuer Staatsanwalt für Verkehrsbereich ernannt

Als neuen Schaffhauser Staatsanwalt für die Verkehrsabteilung hat das Schaffhauser Kantonsparlament den 31-jährigen Steven Winter aus Meilen gewählt. Er hatte sich gegen 16 Mitbewerber durchgesetzt. Die Justizkommission hatte insgesamt drei Bewerber zum persönlichen Gespräch eingeladen. Winter studierte an der Universität Zürich und war dort zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter. Aktuell arbeitet er in einer Zürcher Anwaltskanzlei und amtiert als Untersuchungsrichter der Armee im Rang eines Hauptmanns. Winter erzielte 50 von 53 gültigen Wahlstimmen im Kantonsrat. Er wird seine Stelle im März antreten. (lbb)

Sätze zur Situation

Philippe Brühlmann (SVP, Thayngen):
«Man könnte fast sagen, das ist eine Wellness-Vorlage.»
Wohin mit den Lottomillionen? Zum Geldspielkonkordat.

Marcel Montanari (JFSH, Thayngen):
«Alles scheint egal, solange das Geld fließt und sich Regierungsräte an Kulturveranstaltungen in VIP-Lounges vergnügen können.»
Er sparte nicht mit harscher Kritik am Geldspielgesetz.

Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen):
«Wir müssen jetzt zur Unterstützung von innovativen neuen Technologien das richtige Signal aussenden! Ein passendes Sprachbild in der Debatte zu Mobilfunkantennen.

Peter Scheck (SVP, Schaffhausen):
«Ich möchte dich auffordern, doch bitte eigene Ideen zu entwickeln und nicht einfach abzuschreiben.»
An Roland Müller, weil es in anderen Kantonen praktisch gleichlautende Vorstösse gegeben habe.

Roland Müller (Grüne, Neuhausen):
«Den Plagiatsvorwurf lasse ich nicht auf mir sitzen.»
Als Mitglied im Vorstand der Grünen Schweiz habe er mit Kollegen aus anderen Kantonen gemeinsam den Text entworfen, der in einigen Kantonen als Postulat eingereicht worden ist.

Peter Neukomm (SP, Schaffhausen):
«Als Jurist sträuben sich mir da die Nackenhaare.»
Zu einem Vorstoss aus SVP und FDP.

Grosse Debatte über 5G-Antennen

Kein 5G-Moratorium wie in anderen Kantonen, aber mehr Informationen und eine stärkere Rolle des Kantons bei der in der Bevölkerung umstrittenen neuen Mobilfunktechnologie verlangte ein Vorstoss aus der SP.

Mark Liebenberg

Schweizweit haben Tausende Personen Einsprachen gegen Baugesuche für 5G-Antennen eingereicht. In den vergangenen Monaten wurden mit über 500 Einsprachen 98 Prozent der Baugesuche blockiert. In der Stadt Schaffhausen etwa sind derzeit drei Baugesuche hängig. In einem Postulat wurde im Grossen Stadtrat Schaffhausen letzten Herbst verlangt, vorerst keine Bewilligungen für 5G-Antennen zu erteilen. Der Vorstoss scheiterte allerdings. Mit zahlreichen Unterschriften hat man sich auch gegen eine 5G-Antenne in Stein am Rhein gewehrt. Aus Sicht der Aktivisten müsse der Ausbau des Mobilfunkstandards 5G solange gestoppt werden, bis die Bevölkerung ausreichend und unabhängig über die Risiken und Gefahren aufgeklärt worden sei.

Ganz so weit ging Kantonsrätin Irene Gruhler Heinzer (SP) aus Stein am Rhein nicht. Aber sie forderte von der Kantonsregierung, diese solle lückenlos dokumentieren und Stellung dazu nehmen, wo der Kanton Schaffhausen zurzeit steht und wie er den weiteren Ausbau allenfalls koordinieren wolle. Weiter wollte sie wissen, wie die Erkenntnisse einer Studie des Bundes zu Mobilfunk und Strahlung, welche im Sommer herauskam, ausgewertet wird. Und sie wollte wissen, wie diese Empfehlungen für bereits in Betrieb stehende 5G-Antennen umgesetzt werden. Und sie fragte sogar, ob der Betrieb heutiger 5G-Antennen falls nötig bis zur Anpassung der Empfehlungen ausgesetzt werden solle.

Der Regierungsrat hatte bereits letzten Juli ausführlich auf das Postulat geantwortet. Gruhler Heinzer gibt sich damit jedoch nicht zufrieden. «Der Kanton ist unter Zugzwang», sagte sie. «Die Bevölkerung wird überall von den Ausbauplänen der Mobilfunkanbieter überrollt. Dabei ist von den Betroffenen vielerorts der Wunsch geäussert worden, keinen unerwünschten Strahlungen ausgesetzt zu sein.» Ihr sei klar, dass die Probleme und offenen Fragen vor allem national gelöst werden müssen. Dennoch sieht sie den Kanton in der Pflicht, nun ausführlich Bericht zu erstatten. «Die Kantone müssen sich besser einbringen und die Bevölkerung besser informieren. Strassen werden schliesslich auch nicht ohne die Mitwirkung der Kantone gebaut.» Die Situation mit den Mobilfunkantennen sei damit vergleichbar, meinte sie.

Regierungsrat Walter Vogelsanger (SP) nahm nochmals ausführlich Stellung. Der frühere



Sorgt für gewisse Ängste in Teilen der Bevölkerung: Aufrüstung einer Mobilfunkantenne mit der 5G-Technologie.

BILD KEY

Physik-Kantilehrer versuchte gewisse Missverständnisse auszuräumen. Das Problem sei nicht die 5G-Technologie, sagte er, sondern die Frequenzbereiche, die genutzt würden. Zwar sei geplant, in Zukunft höhere Frequenzen einzusetzen, aber zurzeit funktio-

niere die neuere Technologie innerhalb der alten Grenzbereiche. Die Schweiz kenne überdies wesentlich tiefere Grenzbereiche als der WHO-Durchschnitt.

«Nicht in den Voodoo-Topf werfen»

In einer längeren Debatte meldeten sich Gegner des Vorstosses, aber auch Bedenken-träger zu Wort. «Dieses Postulat atmet den Geist der Innovationsfeindlichkeit», sagte Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen). Das Datenvolumen steige stetig an, Schritt halten könne man nur mit technologischen Innovationen, und der 5G-Standard sei so eine. Die Alternative sei Verzicht und das Fuhrwerken mit alten Technologien, was dem Wirtschaftsstandort, aber auch den Handynutzern schade. «Wollen wir mit Kutschen herumfahren, während das Ausland mit E-Autos herumflitzt?»

René Schmidt (GLP, Schaffhausen) meinte: «Die Furcht vor Neuem ist im Menschen verwurzelt.» Nur umfassende Information könne gegen ein subjektives Risikoempfinden angehen. Er gab aber auch zu bedenken, dass 90 Prozent der sogenannten nicht-ionisierenden Strahlung, der wir ausgesetzt sind, nicht von Antennen herrühre, sondern von unserem eigenen Handy.

Andreas Schnetzler (EDU, Gächlingen) schlug seitens der SVP/EDU-Fraktion vor, vermehrt Antennen ausserhalb der Bauzone auf Anhöhen zu bauen, wenn man so den Ängsten von Teilen der Bevölkerung vor Strahlen begegnen könne. «Aber da sind die Landschaftsschützer dann wieder dagegen!»

Selbst die AL/Grüne-Fraktion sah keinen Handlungsbedarf. Urs Capaul (Grüne, Schaffhausen) führte aus, die neue Technologie sei der richtige Weg, um den Datenhunger zu stillen. «Ansonsten bliebe nur, unzählige zusätzliche Antennen im alten 4G-Standard aufzustellen, was die Strahlungsbelastung viel mehr erhöht als die neue Technologie.»

Es gab aber auch von den Fraktionsmeinungen abweichende Voten. Hansueli Graf (SVP, Oberhallau) sagte: «Nutzen und Gefahren scheinen sehr nahe beieinander zu liegen.» Und Rita Flück Hänni (CVP, Neuhausen) meinte: «Fakt ist: Die gesundheitlichen Risiken sind sehr individuell und nicht abschliessend geklärt. Man darf kritische Stimmen nicht einfach in den Voodoo-Topf werfen.»

Zum Schluss wandelte Gruhler Heinzer das Postulat in eine Interpellation um, die – da bereits beantwortet – ohne Schlussabstimmung als erledigt abgeschlossen werden kann.

Nachhaltigkeit als Schulfach: Rat will kein Monitoring

Die Nachhaltigkeit als ganzheitlicher Ansatz ist in den Lehrplänen auf allen Stufen des Bildungssystems verankert, nämlich als «Bildung für nachhaltige Entwicklung» (BNE). Das reicht Roland Müller (Grüne, Neuhausen) aber nicht: Vor allem auf Gymnasialstufe und im Berufsbildungsbereich hapere es noch mit diesem Ansatz. Der Kanton solle daher eine Bestandesaufnahme machen, aufzeigen, wo noch Verbesserungen möglich sind und die Einhaltung der BNE strenger überwachen.

Unterstützt wurde Müller aus der SP und der GLP/EVP-Fraktion. Die Regierung und die Bürgerlichen waren dagegen und bodigten das Ansinnen mit 31 zu 17 Stimmen. «Das würde zu einem unnötigen bürokratischen Aufwand führen», sagte Erziehungsdirektor Christian Amsler (FDP). Die BNE-Ziele seien bereits hinlänglich verankert und eine solche gezielte Einflussnahme des Parlaments auf die einzelnen Lehrpläne sei nicht opportun. «Wir nehmen das Thema bereits jetzt sehr ernst.» (lbb)

Separates Referendum über Steuerfuss soll möglich sein

Der Schaffhauser Kantonsrat hat an seiner gestrigen Sitzung einen Vorstoss aus der SVP und der FDP erheblich erklärt, der es möglich machen soll, dass künftig die Gemeinden darüber entscheiden können, ob sie es zulassen wollen, dass zu einem Jahresbudget und einem Steuerfuss unabhängig voneinander das Referendum ergriffen werden kann. Dafür ist eine Präzisierung im Gemeindegesetz des Kantons notwendig. Der Regierungsrat soll nun das Nötige veranlassen, damit das Gesetz in diesem Sinne abgeändert werden kann, forderte ein Postulat von Daniel Preisig (SVP, Schaffhausen) und Diego Faccani (FDP, Schaffhausen), das mit 36 zu 13 Stimmen überwiesen wurde.

Die Vorgeschichte: Im Dezember 2018 wurde in der Stadt ein Steuerfussreferendum ergriffen, was laut Stadtverfassung möglich ist. Im kantonalen Gesetz ist indes die Rede davon, dass wenn der Steuerfuss an der Urne abgelehnt wird, dass dann das ganze Budget ungültig sei. Das hatte zu rechtlicher Unsicher-

heit geführt, die bewirkte, dass das Budget blockiert war und gewisse Ausgaben nicht getätigt werden konnten.

Die Koppelung sei «demokratiopolitisch fragwürdig», argumentierten die Postulanten, und sie verhindere eine unverfälschte Stimmabgabe, wenn jemand zum Beispiel nur gegen den Steuerfuss sei, nicht aber gegen das Budget. Die Gegner hielten dagegen, erst wenn der Steuerfuss feststehe, sei klar, wie viel Geld die Gemeinde überhaupt ausgeben kann, deshalb gehörten Budget und Steuerfuss zusammen wie «siamesische Zwillinge», so Peter Neukomm (SP, Schaffhausen). Diese Argumentation verfange nicht, hiess es von den Befürwortern, etliche Ausgaben würden unabhängig von der Rechtsgültigkeit des Steuerfusses getätigt. Preisig warf den Gegnern sogar vor, «Referendumssaboteure» zu sein. Auch die AL/Grüne-Fraktion unterstützte das Anliegen. Jetzt muss die Regierung einen Vorschlag ausarbeiten, wie das Gemeindegesetz abgeändert werden kann. (lbb)

Beitritt zum Geldspielkonkordat ist beschlossen

Wegen Anpassungen auf nationaler Ebene müssen die Kantone einem abgeänderten gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat und einer interkantonalen Vereinbarung über die Durchführung von Geldspielen beitreten. Der Kanton Schaffhausen erhält aus den Lottoeinnahmen jährlich rund vier Millionen überwiesen, die er für kulturelle und gemeinnützige Zwecke aufwendet (Lotteriegewinnfonds). Der Kantonsrat konnte gestern nur zustimmen, oder den Beitritt ablehnen, nicht aber die beiden Gesetzeswerke abändern. Nach einer kurzen Debatte segnete er beides ab, mit nur wenigen Gegenstimmen. Diese kritisierten eine Fehlkonstruktion im Vertragswerk, wonach die Konkordatsmitglieder selber ein Schiedsgericht ernennen, das entsprechend kaum unabhängig sei. Urs Capaul (Grüne, Schaffhausen) ärgerte sich, dass nicht nur gemeinnützige Zwecke mit dem Geld unterstützt werden: «Der Olma-Auftritt des Kantons zum Beispiel ist eine reine Werbeanstaltung.» (lbb)